

A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium: CampusGrün FU Berlin
Beschlussdatum: 15.11.2024
Tagesordnungspunkt: 12. Anträge

Antragstext

1 Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein
2 Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer,
3 kultureller und politischer Belange der Studierenden". Wir verstehen uns als
4 hochschulpolitischer Zusammenschluss und somit als die Interessensvertretung von
5 Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der
6 sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese
7 Interessen gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen erkämpfen müssen.

8 Vor diesem Hintergrund beschließt die Mitgliederversammlung, dass sich der
9 Verband Campusgrün nicht an Wahlkampfaktionen o.ä. der Grünen beteiligt und sich
10 ausschließlich auf grüne Hochschulpolitik konzentriert. Es bleibt die
11 tiefgreifende Aufgabe des Bundesvorstands, studentische Interessen an die ihm
12 nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich nachdrücklich
13 für diese einzusetzen.

14 Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat*innen der
15 Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte
16 ein, welche in Beschlüssen der Bundesmitgliederversammlung sowie im
17 Grundsatzprogramm manifestiert sind.

18 Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber
19 Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns
20 (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei,
21 wenn nötig, auch Gesetespakete, die von grünen Verantwortungsträger*innen
22 mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-
23 Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler
24 Studierender decken und mutmaßlich verfassungswidrig sind. Für die Verbesserung
25 der sozialen Lage vieler Mitglieder unserer Statusgruppe tragen wir
26 Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen weiter lobbyieren und grüne
27 Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.

28 Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:

29 1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen
30 und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband
31 als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und
32 fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.

33 2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen
34 Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren
35 uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.

36 3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die
37 Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten
38 Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger*innen, die sich im Kampf
39 gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin

40 kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten
41 Menschen.